Kommentare

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **68 (1988)**

Heft 1

PDF erstellt am: **10.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der Preis der Mobilität

«Bahn 2000» und die Zukunft der Verkehrspolitik

Der Abstimmungserfolg für «Bahn 2000» schien am 6. Dezember das unspektakulärste Resultat eines denkwürdigen Urnenganges zu sein. Er stand im Schatten der beiden deutlichen Verdikte, die der Schweizer Souverän gegen Parlament und Bundesrat gesprochen hatte. Alle drei Vorlagen waren bestritten gewesen und hatten Anteil an grundlegenden Interessenkonflikten; mit der Rothenthurm-Initiative hatte die Bahnvorlage den Gegensatz zwischen Landschaftserhaltung und nationalen Infrastrukturbedürfnissen gemein. Freilich ging es dort um den allgemeinen Schutz von Mooren gegen Bedürfnisse eines einzelnen Waffenplatzes; hier hingegen um einzelne Parzellen Kulturland, die der Leistungssteigerung eines nationalen Netzes geopfert werden müssen. Auch konnte sich die Bahnvorlage als in sich geschlossener, konsequenter Bestandteil eines langfristigen Konzepts präsentieren, während die anderen Geschäfte in jahrelangen Auseinandersetzungen ziemlich verschlissen worden waren.

Chance für den öffentlichen Verkehr

Gleichwohl, das recht komfortable Ja zu «Bahn 2000» war nicht nur ein schönes und wohlverdientes Abschiedsgeschenk für Bundesrat Leon Schlumpf, es ist auch ein Ereignis für die schweizerische Verkehrspolitik, dessen Bedeutung sich nicht in der Anerkennung und Förderung des öffentlichen Verkehrs erschöpft. Der Zeitpunkt für eine Grossaktion unter dieser Devise war freilich günstig. Das Wachstum des Individualverkehrs hat längst über ideologisch motivierte Opposition hinaus Unbehagen geweckt; der Widerstand gegen Strassenprojekte hat in den Kantonen kräftige Bremsspuren hinterlassen und droht nun mittels einer Volksinitiative selbst bei den restlichen Nationalstrassenabschnitten die Entscheide und damit auch die Zuständigkeit des Parlaments zu unterlaufen. Die nicht mehr zu bagatellisierende Luftverschmutzung, die mit den schweren Waldschäden alarmierend ins öffentliche Bewusstsein gedrungen ist, ermöglichte einen nationalen Konsens in der verkehrspolitischen Prioritätenordnung, der noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wäre. Dass das erstaunlich rasch geschnürte Milliardenpaket für den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur nur in den betroffenen Regionen — verständlicherweise — auf organisierte Opposition stiess, jedoch von keiner Partei und auch von keiner Interessenorganisation des Strassenverkehrs angefochten wurde, war nichts weniger als selbstverständlich.

An Ansatzpunkten — und an Ansätzen — der Kritik hatte es zwar nicht

gefehlt: die Finanzierung etwa, die für die Kostendeckung eine Verkehrszunahme von 30 Prozent voraussetzt, oder die Frage, ob auch mit einer Verkehrszunahme tatsächlich eine Wende zur Entlastung der Strasse herbeigeführt werden könne, ob «umgestiegen» werde; und — mit umgekehrten Vorzeichen — der Zweifel, ob nicht bei diesem wie bei jedem anderen Ausbau des Verkehrssystems zusätzliche Mobilitätsbedürfnisse geweckt und gewissermassen unnötiger Mehrverkehr erzeugt werde.

Doch das beharrliche, systematische und auch taktisch kluge Vorgehen Leon Schlumpfs, der die bei seinem Amtsantritt vor acht Jahren auf dem Papier vorgefundene Gesamtverkehrskonzeption in pragmatische Realisierungsschritte aufgelöst hatte und diese nacheinander politisch durchsetzte, nahm den Einwänden die Brisanz. Bezeichnenderweise wird die eigentlich grundlegende Verfassungsvorlage über die koordinierte Verkehrspolitik erst im kommenden Sommer zur Abstimmung gelangen, nachdem einige auf den darin festgehaltenen Grundsätzen basierende konkrete und substantielle Pflöcke bereits eingeschlagen sind: Transportgesetz und Leistungsauftrag für die SBB, Rahmenkredite für die konzessionierten Transportunternehmungen, Treibstoffzollgesetz, Überprüfung des Nationalstrassennetzes, Vereinabahn und — eben «Bahn 2000». Auch wenn — was nicht erstaunen würde — die im parlamentarischen Prozess etwas verunstalteten Verfassungsgrundsätze im Juni an allgemeiner Unlust scheitern sollten, sind die Jalons für eine ausgewogene Verkehrspolitik gesteckt.

Diese wird sich in den nächsten Jahren vor allem der europäischen Herausforderung zu stellen haben. Den stark wachsenden und aggressiv sich manifestierenden Transitverkehrsbedürfnissen der Nachbarländer muss mit einem Angebot an ausgebauten Verkehrswegen begegnet werden, das eine europapolitisch auch für unsere Interessen unerwünschte Isolierung vermeidet, uns aber eine vernünftige und umweltschonende Steuerung in eigener Regie ermöglicht. Als nächstes Projekt — ebenfalls in Milliardendimension — steht daher eine neue Eisenbahn-Alpentransversale zuoberst auf der verkehrspolitischen Traktandenliste. Auch der «Bahn 2000»-Entscheid ist in der internationalen Perspektive nicht weniger bedeutend als in der nationalen, denn die Neubaustrecke zwischen Olten und Bern beseitigt einen Kapazitätsengpass an jener Stelle, wo die nationale Ost—West-Hauptlinie und eine internationale Nord—Süd-Güterachse aufeinandertreffen.

Kapazitätsfrage im Hintergrund

Wenn die Bahnvorlage mit dem Slogan «häufiger, rascher, direkter, bequemer» angepriesen wurde, so war das zweifellos konsumentengerecht, sprach also auch den Stimmbürger direkt an. Es war geradezu faszinierend, wie nach dem Scheitern der Idee einzelner nationaler Hochleistungsstrecken — nach erfolgreichen ausländischen Vorbildern — die föderalistische Verpflichtung zur landesweiten Infrastrukturversorgung unversehens zu einem Schlager gemacht wurde, wie ein perfektioniertes Netz, auf dem in rhythmisiertem Takt die öffentlichen Verkehrsmittel zu ungeahnten Leistungssteigerungen gebracht werden sollen, einem

staunenden Publikum «verkauft» wurde. Die schweizerische Kleinräumigkeit erlaubt es gar, die wichtigsten Zentren trotz unterschiedlichen Distanzen in einem Stundentakt miteinander zu verbinden, und dafür war im heikelsten, vom Verkehrsaufkommen her aber zentralen Teilstück zwischen Zürich und Bern sogar eine Neubaustrecke in wertvollem Kulturgelände zu begründen und durchzubringen.

Doch das ist nur die eine Seite dieses ehrgeizigen verkehrspolitischen Unternehmens. Insoweit im Wettbewerb der Verkehrsmittel die Kunden die Wahl treffen, ist es zweifellos zu begrüssen, dass die SBB sich offensiv der Konkurrenz gestellt haben. Aber es wäre falsch, die Verkehrsentwicklung der letzten Jahrzehnte allein darauf zurückzuführen, dass solches unterlassen worden wäre. Zwar scheinen die Zahlen den Niedergang der Eisenbahn fast unwiderlegbar zu dokumentieren; der Anteil der Schiene an den Personenkilometern ging von 50 Prozent im Jahre 1950 auf 12 Prozent im Jahre 1985 zurück. Effektiv stieg freilich die Zahl der Personenkilometer auch bei der Bahn um mehr als die Hälfte an. Es verwundert daher nicht, dass die bis ins letzte Jahrhundert zurückreichende Infrastruktur der Bahnen trotz relativem Rückgang heute aus den Nähten platzt.

Wer jedoch aus der Verkehrsentwicklung Gesetzlichkeiten für die Zukunft ableitet, übersieht wohl eines: Man hat diese Entwicklung bewusst so gesteuert, indem man mit dem Nationalstrassennetz ein neues Verkehrssystem aufbaute, das eine Verkehrszunahme um das Sechseinhalbfache beim Personentransport und um das Viereinhalbfache beim Gütertransport in den genannten 35 Jahren überhaupt erst möglich machte. Diese Entwicklung lässt sich nun aber nicht einfach weiter extrapolieren. Das neue Verkehrssystem der Nationalstrassen ist weitgehend ausgelastet, streckenweise sogar schon überlastet. Wenn mit einem weiteren Verkehrszuwachs gerechnet werden muss — und das ist wohl der Fall, wenn auch mit bescheideneren Wachstumsraten —, dann sind früher oder später grössere Investitionen im Verkehrssystem unumgänglich. Es stellte sich lediglich die Frage, ob die Kapazitätserhöhung weiterhin auf der Strasse oder nun wieder auf der Schiene stattfinden soll. Der Bundesrat hat klar entschieden, dass das Strassennetz nicht weiter ausgebaut werden soll. Etwas anderes wäre in der heutigen Umweltsituation auch nicht denkbar gewesen. «Bahn 2000» war also zwingend, nicht nur aus Wettbewerbsgründen, sondern um grössere Kapazitätsreserven für die künftige Verkehrsentwicklung zu schaffen. Wenn daher die Bahn zwangsläufig Verkehrsanteile zurückgewinnen wird, so nicht allein, weil sie schneller und bequemer sein wird, sondern weil die Strasse ihre Leistungsgrenze erreicht.

Grenzen der Verkehrsfreiheit und der Mobilität

Dieser Gesichtspunkt ist in der Diskussion über die Abstimmungsvorlage nicht in den Vordergrund geschoben worden. Er wirft zwei Fragen auf, die zwar in der Verkehrspolitik immer mitschwingen, die aber gerne tabuisiert werden. Zum einen zeigt sich, dass die vielgerühmte Verkehrsfreiheit ihre Grenzen hat. Das Freiheitsgefühl ist ohnehin erst mit der Verbreitung des

Autos als individuellem Verkehrsmittel für jedermann aufgekommen, als man im gleichen Rhythmus neben die bestehenden und im Bedarfsfall zur Verfügung stehenden kollektiven Verkehrsmittel das Strassennetz ausbaute. Mit diesem Investitionsschub — und mit der parallel laufenden «Demokratisierung» des Autos — ist gleichsam die Illusion eines doppelten Verkehrssystems entstanden, das die jederzeitige und beliebige freie Wahl des Verkehrsmittels erlaubt. Die enorme Verkehrszunahme und der Verschleiss von Ressourcen aller Art bringen uns nun allmählich zur Erkenntnis, dass so verstandene Freiheit zum zerstörerischen Luxus wird, und dass wir um eine gewisse Funktionalisierung des Verkehrs nicht herumkommen, was bedeutet, dass jeder einzelne seine Verkehrsbedürfnisse möglichst rationell und mit dem situationsgerechten Verkehrsmittel befriedigt. Betrachtet man das heutige Verkehrsgeschehen, erhält man freilich den Eindruck, dass bis dahin noch viele Aggressionen im Individualverkehr abreagiert werden müssen...

Denn die Verunsicherung greift tiefer; mit der Autofreiheit ist auch die Mobilität in Frage gestellt, die man in so reichem Mass gewonnen hat. Sie hat nicht nur mit sich gebracht, dass der frei wählbare Aktionsradius grösser geworden ist: für den Sonntagsausflug, das Skiwochenende, die Ferien; sie hatte auch zur Folge, dass man sich — nicht mehr immer freiwillig — weitere Arbeitswege «leisten», ein Haus im Grünen suchen, leichter die Stelle wechseln konnte. Die gesteigerte individuelle Mobilität wurde alsbald — wie die Verkehrszahlen zeigen — zum gesellschaftlichen Phänomen und damit zum politischen Problem. Die Zentren entleerten sich, die Agglomerationen wucherten hinaus ins Grüne, Pendlerströme erstickten die Städte, Touristenströme die Ferienoasen. Die Mobilität zeitigte Folgen. Wenn heute allein die Verkehrspolitik zum Sündenbock gestempelt und unerwünschten Verkehrsflüssen mit repressiven Massnahmen zu Leibe gerückt wird, so greift man zu kurz. Denn die Mobilität hat zu neuen räumlichen Strukturen geführt, die mit Massnahmen an den Verkehrswegen allein nicht zu ändern sind. Die Raumplanung hat sie erfasst und damit zahlreiche Zwänge auch gleich festgeschrieben.

Die Einsicht wächst, dass Mobilität nicht nur individuelle Freiheit bedeutet, sondern auch strukturelle Zwänge mit sich bringt. Und die Frage wird sich früher oder später stellen, ob den daraus entstehenden Problemen allein mit immer neuen Verkehrsangeboten beizukommen ist, oder ob nicht im persönlichen Verhalten ebenso wie in der Raumordnungs- und Siedlungspolitik andere Prioritäten gesetzt werden müssten, ob es nicht vernünftiger wäre, dem Anwachsen der Verkehrsbedürfnisse zu begegnen, als immerfort neue Verkehrsangebote bereitzustellen. Die Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr ist zwar ein wichtiger Beitrag zur Bündelung der Verkehrsströme, zur Rationalisierung des Verkehrsverhaltens und zur Optimierung des Kosten-/Nutzen-Verhältnisses im Verkehrsbereich. Aber der Ausbau der Verkehrssysteme auf Strasse und Schiene lässt uns allmählich bewusst werden, welchen Preis die unbegrenzte Mobilität hat. Auch wenn wir ihn uns vorderhand noch leisten können, werden wir in der Frage nach den Grenzen des Wachstums auch an diesem Bereich nicht vorbeikommen.

Ulrich Pfister

Europa ohne Optionen?

Unvertraute Entscheidungen, gemischte Gefühle

Siegreich, jedoch arg angeschlagen ist Westeuropa aus dem Kampf um die europäischen Mittelstreckenraketen hervorgegangen und hat sich nicht mehr richtig erholt. Von SDI bis Irangate, von Tschernobyl bis Glasnost, von Reykjavik bis zur Null-Lösung war Europa einer Reihe von Schocks ausgesetzt, deren infernalisches Tempo von den Wechselfällen und den Initiativen der beiden Grossen diktiert wurde. Die Dynamik Reagans und die Dynamik Gorbatschews folgen einander und vermengen sich. Die europäischen Reaktionen müssen als eine Mischung von Bestrebungen und verwirrter Unruhe gesehen werden, wobei die Fragestellung den Vorrang vor dem Handeln hat.

Warum diese Verwirrung, die bei den Verteidigungsstrategen besonders fühlbar ist? In den Augen vieler Amerikaner wissen die Europäer nicht, was sie wollen. Wenn die Amerikaner sich gegen die Sowjets stellen, sind sie ebenso beunruhigt, wie wenn sie sich mit ihnen einigen. Im Fall der Null-Lösung kritisieren sie sowohl die Aufstellung der Euromissile als auch deren Räumung.

Für den Grossteil der westlichen Meinung nehmen die vor allem an die Person Gorbatschews geknüpften Hoffnungen solche Formen an, dass man denken könnte, Europa befinde sich in einer historischen Wende. Die Aufmerksamkeit richtet sich mehr auf die bisher erzielten Öffnungen als auf die den neuen Gegebenheiten innewohnenden Gefahren. Diese neue Situation biete, so wird angenommen, Europa vermehrte Sicherheit und Autonomie. Kurzfristig würde sie der Allianz ermöglichen, den Gegensatz zwischen den amerikanischen «Falken» und den europäischen «Tauben» zu überwinden und langfristig einem System Platz machen, das nicht mehr auf Kernwaffen und der Teilung des Kontinents in zwei Blöcke aufgebaut wäre.

Schliesslich sind die meisten der Auffassung, dass, wenn die Europäer schon nicht mit einer auf dem Gleichgewicht oder der Zusammenarbeit der beiden Grossen aufgebauten Verteidigung oder Entspannung einverstanden sind, es nur an ihnen läge, die Initiative zu ergreifen, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen.

Trifft zu, dass die Europäer nicht wissen, was sie wollen und dass sie die Amerikaner, was immer sie tun, kritisieren? Es stimmt, dass die Europäer bald das Einvernehmen der Grossen, bald deren Kollision fürchten, und dass sie den Amerikanern einmal vorwerfen, sie in sinnlose und gefährliche Konflikte hineinzuziehen, dann aber, dass sie Europas Schicksal mit den Sowjets verhandeln, ohne die Europäer zu konsultieren.

Ist aber nicht, abgesehen von den übertriebenen Reaktionen, die hinter jedem Dialog mit dem Osten ein neues Jalta und hinter jedem Anflug von Widerstand einen Dritten Weltkrieg wittern, diese doppelte Beunruhigung sowohl wegen der Struktur des aktuellen Beziehungsgeflechts als auch wegen der Unbeständigkeit der Vereinigten Staaten verständlich? Die Europäer

sind weder an einer zu radikalen Feindschaft noch an einer zu intimen Einigkeit der beiden Grossen interessiert. Sie fürchten in beiden Fällen, Opfer zu sein und hoffen, dass korrekte, aber distanzierte Beziehungen zwischen den Supermächten ihnen einen grösseren Handlungsspielraum, ja vielleicht sogar eine Vermittlerrolle bieten werden. Geschichte und Geographie verbieten ihnen grosse Schwankungen, wie sie für die amerikanische Haltung typisch sind.

In der Frage der Null-Lösungen[1] und der Aufstellung amerikanischer Kernwaffen in Europa ist die europäische Ambivalenz real, aber weniger frappant als die Kursänderungen der amerikanischen Regierung. Es sind die Amerikaner, die das Lager gewechselt haben: sie haben dasjenige der Anhänger ihrer nuklearen Präsenz in Europa verlassen, um sich jenen anzuschliessen, die ihren Abzug und denjenigen der Atomwaffen aus dem Alten Kontinent wünschen.

Gewisse Europäer wie François Mitterrand und sogar Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing haben Beifall geklatscht, als die amerikanischen Euromissile (als Antwort auf die Aufstellung der SS 20) aufgestellt, und als sie (als Antwort auf den Abzug der SS 20) abgezogen wurden. Damit gehorchten sie einer logischen, wenn auch eher mechanistischen Auffassung des Gleichgewichts auf allen Ebenen. Auf der Ebene der politischen Kräfte und der Regierungen bestehen zwei Lager: da sind einerseits diejenigen, die für die Aufstellung der europäischen Mittelstreckenraketen gekämpft und die erfolglos versucht haben, die doppelte Null-Lösung zu verhindern (das atlantische, sowohl amerikanische als auch europäische «Establishment», Bundeskanzler Kohl, Margaret Thatcher, Frankreichs UDF) und anderseits diejenigen, die sich der Aufstellung widersetzt und über den Abzug gefreut haben (die SPD, die britische Labour Party, die Friedensbewegung und natürlich die Sowjetunion).

Reagan stösst zur Friedensbewgung

Neu ist, dass die Vereinigten Staaten, nachdem sie für die Aufstellung gekämpft und deren Gegner angeprangert hatten, sich in deren Reihen begeben haben und mit ihnen im Bemühen um atomare Abrüstung zusammengehen. Die traditionellen Verbündeten Washingtons haben sich daher verraten gefühlt und suchen für den amerikanischen Schutz einen Ersatz oder eine Ergänzung.

Die neuesten Entwicklungen betreffen das Verhältnis zwischen den beiden tragenden Säulen der Allianz: den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik. Wenn es zutrifft, dass die europäische Sicherheit vor allem durch die Anwesenheit der beiden Grossen und ihrer Atomwaffen auf deutschem Boden gewährleistet ist, können weder die Vereinigten Staaten noch die BRD im Alleingang handeln ohne das System zu gefährden, was im Falle Griechenlands oder sogar Frankreichs weniger folgenschwer ist.

Nun schienen 1981 die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik verschiedene Wege einzuschlagen. Amerika blickte vermehrt auf Asien und Mittelamerika, die Bundesrepublik Deutschland auf Mitteleuropa; die USA entwickelten der Sowjetunion gegenüber eine entschieden harte Aussenpolitik, die BRD eine eher versöhnliche. Diese beiden Entwicklungen mochten unterschiedliche moralische

und gesellschaftliche Tendenzen widerspiegeln, wobei im einen Fall die «moralische Mehrheit» den Ton angab, im andern mehr die Grünen und die Pazifisten.

Fünf oder sechs Jahre später gibt es immer noch Reibungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland, aber 1987 — wie zu Beginn der sechziger Jahre — waren es die USA, die eine widerstrebende deutsche Regierung dazu gedrängt haben, sich zugunsten einer ost-westlichen Einigung zu entschliessen. Während einst Adenauer die Unterstützung De Gaulles hatte, um in der Berlin-Frage Stärke zu beweisen, haben seine Nachfolger hinsichtlich der doppelten Null-Lösung das Gefühl, sowohl von ihren europäischen Verbündeten wie von den Amerikanern im Stich gelassen zu werden.

Ist es nicht eher eine Rückkehr zur Ära der Entspannung der frühen siebziger Jahre? Gegen die Vorstellungen einer Fraktion (die bedeutender war als heute) der deutschen und der amerikanischen Rechten führten die BRD und die USA, unter der Führung Brandts und Nixons, ihre jeweiligen Dialoge mit Moskau parallel. So kam es zu den SALT-Abkommen und zu den Verträgen der BRD mit ihren östlichen Nachbarn.

Damals schon konnte man sich fragen, ob dieser Parallelismus ein Faktor der Konvergenz zwischen den westlichen Staaten war oder nicht, ob man an die Formulierung von Saint-Exupéry denken durfte: *«Sich lieben heisst nicht, einander anblicken, sondern gemeinsam in die gleiche Richtung schauen»* oder an jene Karls V.: *«Ich bin ganz mit Franz von Frankreich einig. Wir sehen die Dinge genau gleich: wir wollen beide Venedig.»*

Ein neues Sicherheitssystem?

Das europäische Sicherheitssystem ist seit dem Zweiten Weltkrieg auf vier wechselseitig abhängigen Elementen aufgebaut: der sowjetischen Bedrohung (verkörpert durch eine militärische Präsenz in Osteuropa); dem amerikanischen Schutz (verkörpert durch eine militärische Präsenz in Westeuropa); der Teilung Europas und insbesondere Deutschlands (Produkt dieser doppelten Präsenz); und den Nuklearwaffen (Garanten des Gleichgewichts).

Eine strukturelle Asymmetrie zwischen den beiden Allianzen hat freilich immer bestanden: einem Imperium, das der direkten und exklusiven Herrschaft einer kontinentalen Macht unterworfen ist, steht eine hegemoniale Allianz gegenüber, die mehrere geographische, politische und militärische Differenzierungen kennt. Die Atlantische Allianz muss ständig versuchen, die Diskontinuitäten zwischen Amerikanern und Europäern und zwischen Nuklear- und Nichtnuklearstaaten zu überwinden oder auszugleichen, um der Tendenz zur Abkoppelung der Sicherheit der USA von der Sicherheit Europas entgegenzuwirken. Dies erklärt die Bedeutung der zu bewahrenden Möglichkeit, das russische Territorium anzugreifen — als Antwort auf einen von ihm aus erfolgten Angriff —, um zu vermeiden, dass ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Verletzbarkeit der beiden Grossen und derjenigen der beiden Teile Europas akzeptiert wird.

In der BRD bleiben die Anhänger eines Austritts aus der NATO in der Minderheit; niemand denkt daran, die Freiheit der Wiedervereinigung zu opfern. Aber die Analysen stimmen überein, gemäss welchen das Vorhan-

densein der Nuklearwaffen eher eine Gefahr als einen Schutz darstellt, und anderseits, dass der Dialog mit dem Osten unerlässlich ist, um die menschliche und kulturelle Identität der Nation aufrechtzuerhalten und um die Durchlässigkeit der akzeptierten Grenzen zu erhöhen, zugunsten eines Konsens in der Entspannung, der Rüstungskontrolle und der positiven Einschätzung Gorbatschews.

So fügt sich der innerdeutsche und innereuropäische Dialog ganz natürlich in den Dialog der beiden Grossen ein. Bei ihnen liegt heute auf diesem Gebiet die Initiative. Präsident Reagan hat als erster in seiner Ansprache von März 1983, in welcher er der nuklearen Abschreckung die Legitimität absprach[2], in das europäische Sicherheitsdispositiv eine Bresche geschlagen, die er durch seine selbstherrliche Verkennung der europäischen Interessen in Reykjavik und durch die Härte seines Drucks zugunsten der doppelten Null-Lösung noch erweiterte.

Gorbatschew nahm Reagan beim Wort und griff den alten antinuklearen Slogan aus der Zeit des «Appells von Stockholm»[3] wieder auf. Nach Jahrzehnten der Geltung der «wechselseitigen Abschreckung» hat der Generalsekretär die Möglichkeit einer Revanche für die Aufstellung der Euromissile genutzt, die seine Vorgänger nicht verhindern konnten. Das Neuartige seines Vorgehens liegt (abgesehen von der Kühnheit und Raschheit seiner Reaktionen) in der Kombination beider Faktoren. Erstens versteht er die Kunst, die westlichen Meinungsbewegungen zu erfassen, und beherrscht das Vokabular, in dem sie sich äussern. Nachdem die Sowjetdiplomatie seit

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass die öffentliche Meinung in wichtigen Angelegenheiten ihres eigenen Landes jenes Minimums an Unterrichtung entbehrt, dessen es bedarf, damit ihr Urteil der beurteilten Wirklichkeit organisch entspreche. Mögen ihr auch nebensächliche Irrtümer, Detailfehler unterlaufen, im makroskopischen Bereich ist es unwahrscheinlich, dass sie nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, in keiner organischen Beziehung zu ihr steht und darum giftig ist.

Genau umgekehrt verhält es sich, wenn ein Land sich seine Meinung über Vorgänge bildet, die sich in einem anderen Land abspielen. In diesem Fall ist die Meinung wahrscheinlich zu einem grossen Teil unzutreffend. Das Volk A geht beim Denken und Meinen von der Grundlage seiner eigenen Lebenserfahrung aus, die von jenen des Volkes B verschieden sind. Kann dies zu etwas anderem führen als zu allerlei Ungereimtheiten? Hier liegt der Hauptgrund zu einer unausbleiblichen Inkongruenz, der sich nur mit einem ziemlich schwierigen Mittel vorbeugen liesse: mit einer hinreichenden Unterrichtung. Die in diesem Falle vorhandene Wahrheit des Erlebten müsste durch eine Wahrheit des Erkannten ersetzt werden.

José Ortega y Gasset: Zum Thema Pazifismus 1937,
in Gesammelte Werke, Band III,
DVA, Stuttgart 1978.

Ende der siebziger Jahre die Sprache der amerikanischen Anhänger der «Arms Control» in Fragen der Nuklearstrategie übernommen hat, verwendet sie jetzt sowohl die Sprache der amerikanischen Liberalen, wie sie in der Administration Carter en vogue war (über die Interdependenz, die Globalisierung, die Verwaltung der gemeinsamen planetaren Interessen) wie die Sprache der deutschen «Alternativen» des linken Flügels der SPD (über die «nicht-offensive Verteidigung», die «strukturelle Unfähigkeit zum Angriff»). Zuguterletzt fügt er noch die Sprache der Nostalgiker Mitteleuropas — wenn nicht gar des «Europa vom Atlantik bis zum Ural» — hinzu.

Zweitens stellt die Sowjetführung die wirklichen, durch Glasnost eingeführten Veränderungen heraus, aber auch Katastrophen wie Tschernobyl oder die peinlichen Vorfälle wie die Landung des jungen Rust auf dem Roten Platz, um jegliches Misstrauen gegenüber der Sowjetpolitik und -macht auszuräumen.

Man kann nicht ausschliessen, dass diese Mischung von «westlicher» Sprache und kultureller Revolution einen Wechsel der Prioritäten ankündigt, der langfristig dem Frieden nur förderlich wäre. Aber mittelfristig und in bezug auf Europa dient sie dazu, die Chancen zur Verwirklichung der traditionellen Ziele der sowjetischen Politik zu verbessern, wie sie schon in den fünfziger Jahren proklamiert wurden und heute wieder mit vermehrter Stärke aufgenommen werden, nämlich die Umwandlung des europäischen Sicherheitssystems durch die Entnuklearisierung Mitteleuropas, dann des ganzen Kontinents; die Betonung der besonderen Situation Berlins und Deutschlands; die Reduzierung und Abdrängung der amerikanischen Präsenz, die nicht durch eine europäische Verteidigung ersetzt werden soll.

Dieser sowjetische Plan kann sehr wohl den Parallelunternehmungen der Reagan-Administration und der europäischen Regierungen den nötigen Zusammenhalt geben, wobei letztere besonders durch die deutsche Meinung zugunsten einer regionalen Abrüstung beeinflusst werden. In beiden Fällen handelt es sich darum, einen hauptsächlich auf dem nuklearen Gleichgewicht aufgebauten Schutz durch konventionelle oder weltraumgestützte Sicherheit zu ersetzen, und zudem die Zusammenarbeit über die Abschreckung zu stellen.

Anstelle eines einzigen, auf dem Gleichgewicht der beiden Bündnisse und dem Streben nach der strategischen Kontinuität im Innern der westlichen Allianz aufgebauten Systems, hätte man dann ein System mit zwei Ebenen. Eine wäre die Ebene der beiden Grossmächte, die gemeinsam den Schutz ihrer jeweiligen Gebiete durch strategische Verhandlungen und eventuell eine partielle Antiraketen-Verteidigung verwalten würden. Die andere wäre diejenige der beiden Deutschland oder der beiden Europa: die bodenstationierten Kernwaffen wären gemäss dem Wunsche Egon Bahrs aus dem Territorium der atomwaffenfreien Staaten verbannt — vielleicht auf dem ganzen Kontinent —, und die Sicherheit wäre durch die Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropäern vielleicht unter Aufsicht der beiden Grossmächte gewährleistet.

Dieses Doppelsystem hätte zahlreiche Vorteile: es würde die Anzahl und die Kosten der Bewaffnung sowie die Angst vor Atomunfällen vermindern.

Vor allem würde es zwar nicht die Freiheit in Osteuropa (denn die dortige Sowjetherrschaft ist nicht durch die amerikanische Nuklearpräsenz im Westen bedingt), doch wenigstens die Kommunikation zwischen den beiden Teilen Europas begünstigen. Hingegen würde die Verbindung zwischen der regionalen Verteidigung Westeuropas und der strategischen Abschreckung als hinfällig gelten. Das würde sowohl die NATO, den flexiblen Vergeltungsschlag, die Abschreckung durch Eskalationsdrohung wie die französische und britische Abschreckung in Schwierigkeiten bringen, die ohnehin gleichzeitig von oben (durch SDI und die Reduktion der strategischen Rüstung) und von unten (durch die Tendenz zur Abschaffung der taktischen und prästrategischen Waffen) bedroht sind. Für Kontinentaleuropa als Gesamtheit würde das neue, mehr regionalisierte System die amerikanische Vorherrschaft und vielleicht die Atomgefahr verringern, jedoch zugleich die Risiken sowjetischer Dominanz und konventioneller Konflikte erhöhen. Es sei denn, die Schaffung einer autonomen Verteidigung Westeuropas liefere ein neues Gegengewicht zur UdSSR, womit die Risiken der «Balkanisierung» und der europäischen Machtlosigkeit vermindert würden.

Zweierlei Europa?

Das gegenwärtige System hat Europa eine in seiner Geschichte noch nie dagewesene Sicherheit geboten, die ihresgleichen in den andern Regionen der Welt sucht, aber es hat die Freiheitsbestrebungen der Völker Osteuropas und Bemühung der Deutschen um die Bestätigung ihrer Identität und Selbstbestimmung frustriert. Das Problem besteht darin, den Status quo in seinen unerfreulichsten Aspekten zu modifizieren (die Teilung Europas, die Rüstungskosten, die nicht-kontrollierten Nuklearrisiken), ohne seine positiven Aspekte aus den Augen zu verlieren (die nukleare Abschreckung und das amerikanische Bündnis). Offensichtlich handelt es sich um einen delikaten und widersprüchlichen Vorgang.

Zwei Voraussagen können gewagt werden: die Welt wird nicht denuklearisiert werden, und Amerika wird weiterhin daran interessiert sein, dass Europa nicht kommunistisch wird. In Europa selbst unterliegt die Anwesenheit der amerikanischen Truppen und ihrer Kernwaffen unweigerlich einem Erosionsprozess, nicht aber einer radikalen Eliminierung. Was die Teilung Europas und Deutschlands anbelangt, so findet hier zwar auf politischer, kultureller und sogar auch ideologischer Ebene eine spektakuläre Milderung statt, doch wird die Teilung leider solange weiterbestehen, als die Sowjetunion von der kommunistischen Partei regiert wird.

Europa wird in den kommenden Jahren in einem Rahmen weiterleben, der von den beiden das Verhältnis Ost-West determinierenden Phänomene bestimmt ist: der totalitäre und der nukleare Faktor — auch wenn die Spezifizität des einen wie des andern nicht restlos klar erscheint. Die Gespräche jedoch, die heute im Zeichen der Verteidigung und der Abrüstung geführt werden, haben das Verdienst, die möglichen — noch utopischen — Konturen dessen durchblicken zu lassen, was eines Tages die Verteidigung und die Aufrüstung ersetzen könnte.

Man hat das Gefühl, dass die Bestrebungen und die Angstträume der ver-

schiedenen Nationen und der politischen Kräfte auf symbolische oder imaginäre Weise konfrontiert sind. Die Debatten über die doppelte Null-Lösung oder über die europäische Zusammenarbeit in der Verteidigung haben eine Tragweite, die ihren ersichtlichen und unmittelbaren Einsatz bei weitem übersteigt.

Zwei rivalisierende Vorhaben scheinen daraus hervorzugehen: das eine ist das *«Haus Europa»* (Gorbatschew) eines *«entnuklearisierten Europa von Polen bis Portugal»* (Slogan der britischen «Campaign for European Nuclear Disarmament»), oder eines Europa vom Atlantik zum Ural; kurz, eines Europa der Entspannung und der Versöhnung, der atomaren Abrüstung und der konventionellen, «nichtoffensiven» Verteidigung. Das andere ist das Projekt einer europäischen Verteidigung (im Sinne Westeuropas) mit nuklearer Komponente, das morgen die zweite Säule einer reformierten Atlantischen Allianz und übermorgen den Ersatz von NATO im Falle qualitativer Änderung im Verhältnis zwischen Europa und den beiden Grossen bilden würde. Die wichtigste an Europa gerichtete Frage wäre die nach der Entscheidung, ob die zwei Projekte die beiden Zweige einer Alternative darstellen, oder ob sie kombiniert werden können oder müssen, und wenn ja, in welcher Reihenfolge und nach welchen Prioritäten.

Es ist klar, dass diese Prioritäten je nach Land und politischen Kräften andere sind. Innerhalb der europäischen Linken und in den meisten Ländern Mittel- und Nordeuropas hat die erstgenannte Auffassung den Vorrang. Wenn zum Beispiel die SPD von der «Europäisierung Europas» oder von der «Selbstbehauptung Europas» spricht, so handelt es sich eher um das Europa der KSZE als um jenes der Europäischen Gemeinschaft, eher um das Europa der Entspannung als um jenes der Verteidigung, obwohl im übrigen in diesen gleichen Kreisen eine gewisse militärische Zusammenarbeit Westeuropas nicht immer ausgeschlossen wird. Die Grundidee ist die einer Versöhnung Europas, verwirklicht zuerst im Schatten der Übereinkunft der beiden Grossen, bevor sie zur Auflösung der Blöcke gelangt, nicht aber die der Entstehung Westeuropas als neuer Block oder dritte Grossmacht.

Umgekehrt ist es in Frankreich und innerhalb eines Teils der europäischen politischen Kräfte der Rechten oder des Zentrums der Gedanke eines «europäischen Europa», der als Ersatzlösung für die Atlantische Idee dienen soll. Es ist vor allem die Vorstellung eines Westeuropa, das fähig ist, sich zu verteidigen, insbesondere indem es durch seine eigene Abschreckung den versagenden oder politisch unannehmbaren amerikanischen Schutz ersetzt. Frankreich ist das einzige Land, in dem in der durch Reykjavik ausgelösten Debatte die «europäische Verteidigung» in die neue Détente einbezogen wird, wenn sich auch bei seinen Nachbarn gewisse Stimmen in diesem Sinne erheben. Was Regierungschefs wie Helmut Kohl und Margaret Thatcher betrifft, so bemühen sich diese, ein delikates Gleichgewicht zwischen diesen beiden Themen aufrechtzuerhalten, dabei aber jede auch nur geringste Initiative zu vermeiden, die den Niedergang des Atlantischen Systems beschleunigen könnte.

Ein Europa der Verteidigung, das entgegen der neuen Phase der Entspannung und der Rüstungskontrolle geschaffen würde, unter Verzicht auf

die gesamteuropäische Dimension, hätte wenig Chancen, sich in Frankreich durchzusetzen (wo die öffentliche Meinung anfängt, sich für die Friedensoffensive Gorbatschews zu interessieren), und anderswo noch weniger. Aber eine paneuropäische Versöhnung, die nicht auf das Verhältnis zwischen den Gesellschaftssystemen, sondern auf die Abrüstung ausgerichtet wäre, und die im Westen einen Abbau der amerikanischen Nuklearpräsenz, im Osten eine Wette über die Absichten Gorbatschews, über sein Verbleiben an der Macht und über die künftige Entwicklung der UdSSR bedingen würde, könnte die Sicherheit und die Unabhängigkeit Europas nur gefährden.

Wenn die Teilung Europas überwunden werden kann und soll, ohne seiner Sicherheit zu schaden, darf angesichts dieser doppelten Unmöglichkeit die militärische Dimension (bisher die stabilste im europäischen System) strukturelle Veränderungen nur am Ende, und nicht am Anfang des Prozesses erfahren.

Auf dem Gebiet der Sicherheit wäre die Dringlichkeitsordnung: 1. Das Reparieren der Schäden — zumindest teilweise —, die dem euro-amerikanischen Zusammenwirken seit Reykjavik zugefügt wurden, indem man dazu beiträgt, dass was am amerikanischen Engagement in Europa und am Gleichgewicht der beiden Bündnisse wiederhergestellt werden kann, auch wiederhergestellt wird; 2. im Schatten dieses Gleichgewichts die Autonomie und das Gleichgewicht Westeuropas in der Verteidigung und in der Abschreckung bestmöglich stärken; 3. mit den Staaten des Ostens die Verhandlungen weiterführen, um die mit der heutigen Situation verbundenen Kosten und Risiken zu vermindern — dies besonders auf der konventionellen Ebene.

Parallel dazu müssen auf wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Ebene der Dialog und die Zusammenarbeit mit dem Osten das Gefühl für die Identität eines nicht nur die staatlichen Grenzen, sondern auch jene der Allianzen und ideologischen Systeme überschreitenden Europa stärken. Frankreich muss vermeiden, in zwei entgegengesetzte Fallen zu geraten. Die eine wäre, in die antinukleare und Pro-Gorbatschew-Welle zu geraten und dabei den Nutzen seines dreissigjährigen Bemühens und zehnjährigen Konsenses zu verlieren. Um die erste Falle zu vermeiden, könnte es aber in die zweite geraten, die in einem territorialen und ideellen Rückgriff auf eine archaische Form des Gaullismus und der Abschreckung bestünde, beruhend auf der «Sanktuarisierung» des eigenen Territoriums, der atlantischen Stärke und der Doktrin des «Alles oder nichts». Es brauchte nicht viel, und Frankreich wäre in das verwandelt, was man einmal als «nukleares Albanien» bezeichnete, vielleicht äusseren Einflüssen gegenüber abgedichtet (für eine gewisse Zeit und in einem geringeren Mass, als man annimmt), aber ausserstande, etwas zur Stärkung Europas beizutragen.

Für Frankreich gibt es keine andere Lösung als eine aktivere und positivere Europapolitik, ungeachtet der materiellen Grenzen und des politischen Unverständnisses, auf das es stossen wird. Es geht darum, dass Frankreich seine Partner anhört und die wachsende Bedeutung der konventionellen Streitkräfte — sowohl im Bereich der Rüstung wie jenem der Abrüstung — in seine Politik integriert; anderseits geht es um die Notwendigkeit, auf die gewachsenen Hoffnungen einzugehen, die die Völker vom einen Ende Euro-

pas zum andern mit dem Dialog und der Zusammenarbeit zwischen Ost und West verbinden.

Innerhalb dieses Dialogs geht es darum, auf den beiden Konzepten zu bestehen, deren sich die Franzosen bewusster sind als die anderen Westeuropäer: es gibt keine solide militärische Stabilität ohne nukleare Komponente; es gibt keine wirkliche ost-westliche Entspannung ohne Fortschritt in den Menschenrechten. Man soll nicht in der Wüste predigen, noch auch sich diese beiden Ideen zunutze machen, um jegliche Entwicklung abzulehnen. Vielmehr sollte diese zum Ausgangspunkt einer Europäisierung der Verteidigungs- und Abschreckungspolitik und der Politik gegenüber dem Osten werden. Zu diesem Preis, und nur zu diesem, wird die verlorene Schlacht um die Null-Lösungen die Optionen Europas nicht zum Nullpunkt führen.

Pierre Hassner

[1] Die erste Null-Lösung zielt darauf ab, die Mittelstreckenraketen SS 20, Pershing II und Cruise Missiles abzuschaffen. Die zweite betrifft die Räumung der Kurzstreckenraketen (von 500 bis 1000 km), genannt SRINF (Short Range Intermediate Nuclear Forces): die sowjetischen SS 22, SS 23 und die deutsch-amerikanischen Pershing 1 A. — [2] In seiner Rede vom März 1983 bezeichnete Reagan die Nuklearwaffen als «unmoralisch und obsolet». — [3] Der Appell von Stockholm wurde zu Beginn des Jahres 1950 vom Weltkongress der Friedensanhänger gegen den amerikanischen Beschluss zum Bau der H-Bombe lanciert. Dieser Appell brachte 273 Millionen Unterschriften zustande, wovon 115 in der Sowjetunion.

Reagans aufgebrauchtes Prestige

Abenddämmerung einer Revolution

«The future just ain't what it used to be», könnte man mit W.C. Fields ausrufen, wenn man die Widerwärtigkeiten betrachtet, die die Regierung Reagan im vergangenen Jahr belastet haben, und die Aussichten abwägt, die sie im letzten Jahr der Präsidentschaft noch hat. Die «Lahme-Ente»-Periode beginnt in der Regel zwei Jahre vor Ablauf der Amtszeit des Präsidenten nach den Kongresswahlen. Würde die Amtszeit des Präsidenten von zweimal vier Jahren auf einmal sechs oder sieben Jahre verkürzt, wie das nicht wenige Politiker und Politwissenschafter postulieren, dann wäre damit nur die Teillähmung vorverlegt. Die Regierung hat sich im ewigen Kampf mit dem Kongress abgenützt, der in der Verfassung vorgezeichnet ist. Der nicht wieder wählbare Präsident vermag nicht mehr mit der früheren Wirkungskraft an das Volk zu appellieren. Der Ideenschatz, mit dem er in das Weisse Haus eingezogen ist, wurde aufgebraucht. Viele hohe Beamte ziehen in die Privatwirtschaft, um mehr Geld zu verdienen, oder in einen der zahlreichen «Think tanks» oder an eine Universität, um aus dieser Wartestellung den Ausgang der nächsten Wahlen zu beobachten.

Die Iran-Contra-Affäre

Reagans Stellung wurde am 4. November 1986 entscheidend geschwächt, als die Republikaner die Mehrheit im Senat verloren, der nun wie das Repräsentantenhaus von den Demokraten beherrscht wird. Am gleichen Tag bestätigte der Vorsitzende des iranischen Parlaments, Rafsanjani, den Bericht einer libanesischen Zeitschrift, wonach die Vereinigten Staaten Waffen an Iran geliefert hatten. Seit diesem Zeitpunkt vergeht kein Tag ohne neue oder aufgewärmte Enthüllungen und Anschuldigungen an die Adresse der Regierung. Die unaufhörlichen Hammerschläge, die auf sie niederprasseln, zehren an den Nerven der Spitzenleute und nehmen unendlich viel Zeit und Energie in Anspruch. Es ist nicht möglich, zu ignorieren, was die Massenmedien dem Volk vortragen, das schliesslich in den Wahlen direkt und sonst indirekt durch den Kongress die letzten Entscheidungen zu treffen hat.

Die Regierung ist in die Vorgänge verwickelt, nicht nur weil die Leiter des National Security Council, McFarlane und nach ihm Poindexter, sowie ihr Mitarbeiter Oliver North, die Waffenlieferungen organisiert und Gelder für die antisandinistische Widerstandsbewegung Nicaraguas abgezweigt hatten, sondern weil der Präsident den Waffenhandel mit Iran, nicht aber die Umleitung der Gelder an die «Contras», gutgeheissen hatte. Er war es, der zuerst eine Untersuchung dieser Vorgänge durch Justizminister Meese anordnete, dann die nach ihrem Vorsitzenden benannte Tower-Kommission einsetzte und einen ausserordentlichen Untersuchungsrichter («Special counsel») mit dem Auftrag betrauen liess, Rechtsverletzungen nachzugehen. Der Bericht der Tower-Kommission ist längst veröffentlicht und fast schon wieder vergessen.

Die vom Kongress eingeleiteten Hearings der beiden Sonderkommissionen für die sogenannte Iran-Contra-Affäre hielten jedoch monatelang die Öffentlichkeit in Bann. Der Schlussbericht liegt seit Mitte November vor. Die Massnahmen des «Special counsel» dagegen lassen auf sich warten.

Kriminalisierung der Politik

Die Sonderkommissionen des Senats und des Repräsentantenhauses, die gemeinsam vorgingen, waren Ausschüsse einer politischen Behörde, des Kongresses. Sowohl ihr Vorgehen wie auch ihr Schlussbericht erhielten den Anstrich eines Justizverfahrens. Die Regeln der amerikanischen Justiz galten allerdings nicht für diese Untersuchungen. Der politische Charakter zeigte sich, als acht Republikaner den Schlussbericht verwarfen, während drei Republikaner mit der geschlossenen demokratischen Mehrheit ihn guthiessen. Dem Präsidenten konnten die Verfasser des Berichts keine Kenntnis von der Abzweigung von Geldern aus dem Irangeschäft an die «Contras» nachweisen. Schon Anfang Mai war nach den ersten Aussagen Poindexters klar, dass dieser die Verantwortung für die Affäre auf sich nahm. Die Kommissionen führten trotzdem ihre öffentlichen Hearings noch zwei Monate weiter. Anders als beim Watergate-Skandal trat diesmal kein «Judas» hervor, um den Präsidenten anzuklagen. Ein Impeachment des Präsidenten kam deshalb nicht in Frage.

Das Prestige Reagans aber wurde durch die Affäre schwer angeschlagen.

Waffen sind an das Regime des Ayatolla Khomeiny geliefert worden, welches vorher als terroristische Scheusslichkeit angeprangert worden war. Aus was immer für Gründen dieser Handel vorgenommen wurde, jedenfalls war er ein schwerer politischer Fehler. Daraus versuchen die Gegner der Regierung ein Verbrechen zu konstruieren. Einige erste Schritte des Justizministers wiesen ebenfalls in diese Richtung. Das entspricht der gegenwärtigen amerikanischen Tendenz, alle menschlichen Beziehungen zu verrechtlichen, Fehler und Irrtümer zu kriminalisieren.

«Die Musik erstarb»

Die Kongresskommissionen betonen, Reagan trage die letzte Verantwortung für die Iran-Contra-Affäre. Diese Verantwortung hat er auch übernommen. Aber er weigert sich, weiter zu gehen, wie das die Kommissionsmehrheit verlangt, und seine Mitarbeiter zu *«verurteilen»,* weil *«sie logen, Dokumente zerstörten und ihre Taten verhüllten».* Die Untersuchung der Kongresskommissionen, die zehn Monate dauerten, und die elf Wochen Fernseh-Hearings haben nicht nur im Weissen Haus, sondern im öffentlichen Leben Spuren hinterlassen.

«Die Musik erstarb am 4. November 1986», meint ein Beobachter. Die Reagan-Revolution, deren grösste Leistung die Steuerreformen sind, wird zwar nicht rückgängig gemacht. Aber die Regierung vermag nur noch in geringem Mass die Traktanden der Nation zu bestimmen. Das bleibt auch dem in vielen Richtungen gespaltenen Kongress versagt.

Die Frage stellt sich, ob die Autorität der Regierung durch aussenpolitische Erfolge wieder aufgemöbelt wird. Das Beispiel Nixons, der 1972 ein Rüstungskontrollpaket aus Moskau heimbrachte, kurz vor dem Impeachmentverfahren 1974 eine weitere Reise zu Breschnew unternahm und der die Normalisierung der Beziehungen zu China einleitete, ausserdem die amerikanischen Truppen aus Vietnam zurückzog, weist auf den Vorrang der Innenpolitik hin. Die aussenpolitischen Erfolge retteten Nixon nicht vor der Anklage des Repräsentantenhauses wegen der Einbrüche im Watergate. Das Abkommen Reagans mit Gorbatschow über den Abzug der Mittelstreckenwaffen (INF) aus Europa ist umstritten. Kissinger, Brzezinski und viele prominente Persönlichkeiten warnen zur Vorsicht oder opponieren gegen den Vertrag und befürchten weitere, unüberlegte Schritte der Regierung. Diese hatte schon Misstrauen gesät, als sie auf den Geiseltausch mit den Sowjets nach der Verhaftung des Journalisten Daniloff einging und als sie in Reykjavik erst im letzten Moment aus einer von Gorbatschow gestellten Falle entwich.

Kritik an Verträgen mit Moskau

Von den sechs republikanischen Präsidentschaftsaspiranten hat sich nur Vizepräsident George Bush zum voraus eindeutig für den INF-Vertrag ausgesprochen, während Bob Dole, Fraktionsführer der Republikaner im Senat, sich zunächst zurückhält und die andern vier, du Pont, Haig, Kemp und Robertson das Abkommen verwerfen. Alle demokratischen Präsidentschaftsanwärter wollen Reagans Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) aufgeben. Schon jetzt hat der Kongress dem Prä-

sidenten auf diesem Gebiet allerhand Fesseln angelegt. Die Möglichkeit besteht also, dass Gorbatschow eines seiner wichtigsten aussenpolitischen Ziele erreichen wird, nämlich den Verzicht der Vereinigten Staaten auf SDI.

Reagan hat das Ausscheiden der Verfechter der «harten Linie» im Rüstungskontrollverfahren zugelassen. Verteidigungsminister Weinberger, sein Berater Richard Perle und dessen Nachfolger, Frank J. Gaffney, sowie der Leiter des Rüstungskontrollamtes, Adelman, sind zurückgetreten. Von den «hardliners» bleibt in leitender Stelle nur Fred Iklé, Untersekretär im Verteidigungsministerium. Die Ideen von Paul Nitze beherrschen das Feld. Nitze, der massgebend mithalf, die Ratifikation von SALT II zu verhindern, möchte offenbar seine Laufbahn — er wurde am 16. Januar 1907 geboren — mit einem weitreichenden Abkommen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten krönen. Die Vertragsverletzungen Moskaus sind unter den Teppich gewischt.

Die Aussenpolitik, die Reagan gegenwärtig mit Staatssekretär Shultz führt, wird von der rechten Seite des politischen Spektrums her bis zu der Mitte hin mit Argwohn betrachtet. Die Linke aber hat ihrerseits Reagan die Intervention in Grenada, die Bombardierung von Libyen und die Unterstützung des antisandinistischen Widerstands nicht vergeben.

Kampf zwischen Legislative und Exekutive

Kongress und Präsident ringen um den Vorrang sowohl in der Innenpolitik wie auch in der Aussenpolitik. Die demokratische Mehrheit in der Legislative und der republikanische Chef der Exekutive stecken ferner ihre Ausgangspositionen für die Präsidenten- und Kongresswahlen von 1988 ab. Die Kongressuntersuchung über die Iran-Contra-Affäre schloss mit einem Bericht der Mehrheit ab, der die Anschuldigungen gegen den Präsidenten bis an die Grenze dessen trieb, was als Grund für ein Impeachment hätte dienen können. Acht republikanische Mitglieder der Untersuchungskommissionen bezeichneten den Schlussbericht als «hysterisch». Der griechisch-amerikanische Senator Sarbanes dagegen beharrt auf der Behauptung, im Weissen Haus habe ein Militärputsch stattgefunden, und die «Obristen» McFarlane, North und Poindexter (der allerdings ein Konteradmiral ist) hätten die Regierungsgewalt übernommen...

Reagan hat den Kongressvertretern erlaubt, Einsicht in seine privaten Notizen über Kabinettssitzungen und andere Gespräche zu nehmen — ein Verzicht auf das ihm zustehende Amtsgeheimnis und auf ein wichtiges Privilegium der Exekutive. Er stimmt auch zu, dass die Verteidigungskommission des Senats ein Hearing über die Ernennung von General Colin L. Powell zum Sicherheitsberater und Chef des Stabs des National Security Council durchführt. Der Sicherheitsberater — der offizielle Titel ist: Assistent des Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit — untersteht nicht der Genehmigungspflicht durch den Senat, sondern wird allein vom Präsidenten eingesetzt. Aber Powell soll zum Generalleutnant befördert werden, und dazu muss die Einwilligung des Senats gesichert werden. Auf diesem Umweg erhält der Senat ein Mitspracherecht bei der Ernennung. Powell ist Reagans sechster Sicherheitsberater. Anzeichen

dafür, dass Reagans Nachgeben «belohnt» würde, gibt es zur Zeit nicht.

Niederlagen des Präsidenten

Reagan musste schon zu Anfang des Jahres zwei Niederlagen im Kongress einstecken, der seine Vetos gegen Gesetze über die Säuberung der Wasserwege und über die Verbesserung des Strassennetzes überstimmte, obwohl diese den Staatshaushalt zusätzlich belasten. Der Herbst brachte dann den «Crash» in Wallstreet. Einige Wochen lang schien es, als ob sich der Journalistenspruch bewahrheite: *«All news is economic news, and all economic news is bad news»*. Unter dem Eindruck dieses Rückschlags an der Börse bei gleichzeitigem Niedergang des Dollars einigten sich Kongressführer und Reagan nach mühsamen Verhandlungen auf eine magere Vorlage zur Reduktion des Budgetdefizits. Reagan wehrte dabei eine noch stärkere Kürzung des Verteidigungsbudgets ab, entsagte aber seinem Prinzip, keine Steuererhöhungen zuzulassen. Beim Verteidigungsbudget hatte er schon vorher einen Kompromiss angenommen, der nicht nur Abstriche an der ursprünglich geforderten Summe vorsieht, sondern auch die Entwicklung der Strategischen Verteidigungsinitiative behindert.

Unterdessen liess sich Reagan zusammen mit Shultz in der Politik gegenüber Nicaragua ausmanövrieren. Zuerst die Verfasser und Unterzeichner des Arias-Plans, dann Daniel Ortega fanden einen willigen Gesprächspartner im Vorsitzenden des Repräsentantenhauses, James C. Wright, der die Zügel in die Hand nehmen wollte. Die Presse nannte ihn deshalb scherzhaft: «Speaker of State». Der Staatssekretär, George Shultz, versuchte dem Kompetenzstreit ein Ende zu setzen, indem er mit Wright einen «Friedensvertrag» von sechs Punkten unterzeichnete. Dieser wurde nötig, nachdem Wright in ein Vakuum eingedrungen war, das zum Reservat der Exekutive gehört.

Sommerschlaf der Regierung

Die Regierung hatte die alles verzeihende Aufwallung patriotischer Gefühle und der Sympathie für die «Contras» anlässlich der Auftritte von Oliver North vor den Kongressuntersuchern nicht ausgenutzt, um ihre Politik zu fördern. Bei einer Meinungsumfrage erklärten damals 48 Prozent der Befragten in den Vereinigten Staaten, dass sie nun wüssten, wo Nicaragua liege. Dabei ist die Distanz von Washington nach Managua geringer als die von der Bundeshauptstadt nach San Francisco.

Reagan und seine Mitarbeiter zogen sich zu einem Sommerschlaf nach Kalifornien zurück. Dem Präsidenten sind Ferien wohl zu gönnen. Auch der Kongress schaltet immer wieder Ferien ein. Reagans Stab war jedoch zu wenig aktiv. Howard Baker, der zivile Stabschef, hat sichtbar Speck angesetzt, seit er auf eine Kandidatur für das Präsidentenamt verzichtete und im Weissen Haus die Nachfolge des entlassenen Donald Regan antrat.

Vakanz im Supreme Court

Auf den Sommerschlaf führen manche Beobachter die empfindliche Niederlage Reagans bei der Ernennung

eines neuen Mitglieds des Obersten Bundesgerichtshofs zurück. Reagan hatte den Demokraten mit der Ernennung von Robert H. Bork den Fehdehandschuh hingeworfen, weil er offenbar annahm, seine Popularität werde genügen, um die Senatsmehrheit auf seine Seite zu bringen. Bork wäre durchaus für das höchste Richteramt qualifiziert, aber er war es, der während der Watergate-Affäre den damaligen Sonderstaatsanwalt Archibald Cox auf Geheiss Präsident Nixons entlassen hatte. In zahlreichen Schriften hatte Bork konservative Thesen verfochten. Der Vorsitzende der Justizkommission des Senats, Joseph R. Biden, zögerte die Beratungen über die Ernennung Borks hinaus. Das gab den Gegnern Zeit, sich zu sammeln, wogegen eine wirksame Werbung durch das Weisse Haus auf sich warten liess. Borks Ernennung wurde zuerst von der Justizkommission, dann mit 58 gegen 42 Stimmen vom Plenum des Senats verworfen. Die Hoffnung im Weissen Haus, Rechtsdemokraten aus den Südstaaten für Bork gewinnen zu können, scheiterte; denn diese sind von den Stimmen der Schwarzen, die gegen Bork mobilisiert worden waren, abhängig.

Die nächste Ernennung, diejenige von Douglas H. Ginsburg, führte ebenfalls zu einem Schiffbruch. Eine Journalistin fand heraus, dass Ginsburg früher ein paar Mal Marihuana geraucht hatte. Das war in einer Regierung nicht tragbar, die zum «Krieg gegen die Rauschgifte» aufgerufen hatte, in dem Präsident Reagan und Frau Nancy in vorderster Reihe kämpften.

Im dritten Anlauf fiel Reagans Auswahl auf Anthony M. Kennedy, Bundesappellationsrichter aus Kalifornien. Seiner Berufung widersetzen sich von Anfang an die Feministinnen der National Organization of Women (NOW) und die Vereinigungen der Homosexuellen. Kennedy hat sich in einem Urteil dem Prinzip des «comparable worth» widersetzt, wonach Frauen der gleiche Lohn gewährt werden sollte wie Männern in einem andern, vergleichbaren Beruf, z.B. Krankenschwestern und Lastwagenchauffeuren. Kennedy findet, dass dadurch das «Gesetz» von Angebot und Nachfrage umgestürzt würde. Einige Gewerkschaften unterstützen die Auffassung Kennedys, während andere auf der Seite der Feministinnen agitieren. Die Homosexuellen verzeihen Kennedy nicht, dass er der Kriegsmarine das Recht zusprach, aktive Homosexuelle zu entlassen.

Zerfallende Positionen

Die Rückschläge Reagans bei der Neubesetzung eines Postens im Obersten Bundesgerichtshof wirken sich auf die gesamte Politik aus. Nach der Iran-Contra-Affäre hat der Präsident bei der Berufung von Bork und Ginsburg einen zweiten «knock-down» erlitten. Einerseits erklärt die demokratische Opposition ihn an allem schuld, von der Ausbreitung von AIDS bis zum «Crash» in Wallstreet. Anderseits lässt sich schwer vorstellen, dass George Bush oder Bob Dole der Reagan-Revolution neue Impulse verleihen könnten; am ehesten würde sich dazu Jack Kemp offerieren, dessen Wahlkampagne jedoch bis jetzt nicht vom Boden hochgekommen ist. Alle Präsidentschaftsanwärter, sowohl die republikanischen wie die demokratischen, befinden sich allerdings noch in der Mauser.

Je weiter der Wahlkampf fortschreitet, desto mehr wird sich der Präsident

isoliert sehen. Die Aspiranten werden ihre eigenen Ziele verfolgen. Der letzte von Reagans Gefährten aus der Zeit, als er Gouverneur von Kalifornien war, ist Ed Meese, der umstrittene Justizminister. Der «Morgen in Amerika» von 1984 ist vorbei; für die Regierung nähert sich die Abenddämmerung. Reagans Verdruss erinnert an die von Anthony Trollope in «The Prime Minister» (London 1875) geschilderte Lage: *«Die politischen Angelegenheiten der Nation hatten sich zu einem jener wirklich ausweglosen Knoten verwickelt, so dass selbst die Weisheit und Erfahrung von Staatsmännern in ihren siebziger Jahren keine Entflechtung abzusehen vermag. Die Häupter der Parteien waren zum Stillstand gekommen.»*

Hans E. Tütsch

Fernsehsendungen über Suizid verursachen zusätzliche Suizide

Ein dreifacher Beweis

Im Jahr 1981 und nochmals 1982 hat das Zweite Deutsche Fernsehen eine sechsteilige Serie mit dem Titel «Tod eines Schülers» ausgestrahlt. Gegenstand war — in einem Spielfilm dargestellt — der Eisenbahnsuizid eines Neunzehnjährigen. Ein deutscher Psychiater und ein Psychologe stellten sich darauf die Frage, ob die Neigung zum Suizid durch solche ins Haus gelieferte Modelle verstärkt werde. Sie untersuchten die Häufigkeit von Eisenbahnsuiziden im Zeitraum der ersten Sendung und in den fünf darauffolgenden Wochen, sowie während der zweiten Sendung und in den fünf darauffolgenden Wochen. Die sechs Jahre vor der ersten Sendung und die 18 Monate zwischen beiden Sendungen dienten als Kontrollperiode. Dabei verwendeten die Autoren Zeitreihenanalysen, welche es erlauben, Einflüsse von Jahreszeiten, Wochentagen und Festtagen auf die Suizidhäufigkeit auszuschliessen.

Eine Modellwirkung liess sich nachweisen

Die Statistik der deutschen Bundesbahnen zeigte einen erheblichen Anstieg der Eisenbahnsuizide während und unmittelbar nach der Ausstrahlung der beiden Sendereihen. Die Zunahme war am deutlichsten bei den Jugendlichen von 15 bis 19 Jahren. Bei den jungen Männern betrug der Anstieg nach der ersten Ausstrahlung 175%, bei den gleichaltrigen Frauen 167% gegenüber den Kontrollperioden vor der ersten und zwischen den beiden Ausstrahlungen. Im ganzen verursachten beide Sendungen 50 bis 60 Eisenbahnsuizide mehr, als bei Jugendlichen nach dem Durchschnitt früherer Jahre zu erwarten waren. Bei den höheren Altersklassen (20—29, 30—39 usw.) flachte die Wirkung rasch ab. Die Gruppen, welche nach Alter und Geschlecht dem Modell am nächsten standen, waren am stärksten betroffen [1].

Die Untersuchung blieb nicht unwidersprochen. Das ZDF holte zwei Gutachten ein; das eine vom bekannten Suizidforscher Professor Erwin Ringel in Wien, das zweite von einem Berliner Theologen, Professor Klaus Peter Jörns. Ringel meinte, die Arbeit habe nicht nachgewiesen, dass die Sendungen die Suizide verursacht hätten. Die Sendungen hätten vielmehr Personen den letzten Anstoss zur Tat gegeben, welche bei einer anderen Gelegenheit ohnehin Suizid begangen hätten. Jörns lehnte die Arbeit ab, weil Suizid nicht durch Lernen am Modell, sondern durch eine gestörte Beziehung des Kleinkindes zu seiner Mutter erklärt werde. Für *diese* These werden nicht die geringsten Beweise erbracht. Die These, dass das Fernsehmodell nur Auslöser gewesen sei, dass es Suizide, die auf jeden Fall eingetreten wären, nur vorverlegt habe, verdient dagegen Beachtung.

Zwei Untersuchungen aus den USA

Ein Sender in der Gegend von New York strahlte vom Oktober 1984 bis im Februar 1985 vier an Jugendliche gerichtete Spielfilme über Suizid aus: über einen Selbstmordpakt zwischen zwei Freunden, über die Reaktion der Familie auf den Suizid eines Kindes, über den Kampf eines Jugendlichen gegen die Suizidtendenzen seines Vaters. Zum Schluss wurde ein Film über den Doppelsuizid eines jungen Paares gesendet. Zwei New Yorker Psychiater zählten die Suizide von Teenagern im Empfangsbereich des Senders (in Teilen von New York, Connecticut und New Jersey), während eines Monats vor Beginn der Serie, während der Ausstrahlung und während eines Monats nach dem Ende der Serie. Im gleichen Zeitraum wurden alle Teenager erfasst, welche in sechs grossen Spitälern in New York City wegen eines Suizidversuches eingewiesen worden waren. Die Zählung ergab, dass Suizide und Suizidversuche jeweils während zwei Wochen nach den Ausstrahlungen signifikant zunahmen; in den übrigen Zeiten entsprachen sie dem Jahresdurchschnitt. Allerdings verzichtet die Untersuchung auf Zeitreihenanalysen, so dass Zufallsschwankungen nicht ausgeschlossen werden können. Dafür verwendet sie vier einzeln betrachtete Modell-Ereignisse, von welchen jedes zu einem leichten Anstieg von Suizid und Suizidversuch führte[2].

Zwei kalifornische Soziologen sind anders vorgegangen. Sie stellten anhand der Archive der drei grössten Fernsehsender der USA (ABS, CBS, NBC) fest, wann in den Jahren 1973—79 zum Thema Suizid gesendet wurde. Dabei wurden Sendungen über reale Fälle sowie allgemeine Darstellungen berücksichtigt. Sie fanden 38 Sendungen. Im selben Zeitraum haben sich in den USA 12 585 Teenager suizidiert. Die Autoren studierten die Suizidhäufigkeiten in den ersten sieben Tagen nach den Sendungen und verglichen sie mit der Häufigkeit in den übrigen Zeiträumen. Um saisonale Einflüsse und Feiertagshäufungen auszuschliessen, wurden Zeitreihenanalysen durchgeführt. Wie bei den anderen Untersuchungen ergab sich, dass die Suizidsendungen von einem geringen, aber hochsignifikanten Anstieg der Teenagersuizide gefolgt waren. Der Anstieg war um so höher, je mehr Sendungen Nachrichten über einen bestimmten Suizid verbreiteten. Personen jenseits der Zwanzig waren nicht betroffen; junge Frauen

reagierten stärker als junge Männer. Auf jede Sendung folgten im Mittel drei zusätzliche Suizide[3].

Ist Fernsehen Ursache oder Auslöser?

Diese Frage wurde von den deutschen wie von den kalifornischen Untersuchern aufgenommen. Sie argumentieren folgendermassen: würden Suizide infolge der Sendungen nur zeitlich vorgezogen, so müsste sich *nach* dem kritischen Zeitraum ein Suiziddefizit bemerkbar machen. Die deutschen Autoren weisen nach, dass Zahl und Art anderer gewaltsamer Suizide bei Jugendlichen sich über die gesamte untersuchte Periode nicht verändert haben. Die Eisenbahnsuizide sind zusätzlich aufgetreten. Die Amerikaner fanden ebenfalls kein vorübergehendes Absinken der Suizide nach den jeweiligen Beobachtungsperioden.

Dass nicht die Darstellung des Todes an sich, sondern die Darstellung eines speziellen Todes, des Suizids, Modellcharakter hat, weisen die Kalifornier an einer Art von Kontrolluntersuchung nach: im Zeitraum der 38 Suizidsendungen wurde der natürliche Tod von 44 bekannten Amerikanern in der Television ausführlich kommentiert, und diese Sendungen fielen zwischen die Suizidsendungen. Ein Einfluss auf die Suizidhäufigkeit von Teenagern war nicht feststellbar.

Notwendige, aber nicht zureichende Ursache

Sicher kann eine Fernsehsendung keinen Menschen zum Suizid verlokken, welcher sich nicht bereits in einem Engpass befindet. Das Jugendalter ist aber die Lebenszeit, in welcher am meisten Suizid*versuche* stattfinden. Weitaus die meisten Personen, welche einen Suizidversuch überlebt haben, sterben viele Jahrzehnte später eines natürlichen Todes. Der Engpass, welcher zum Suizidversuch geführt hat, wird schliesslich überwunden. Viele Erwachsene können sich in die Situation, welche sie als Jugendliche zu einem Suizidversuch gebracht hat, später kaum mehr einfühlen.

Befindet sich aber ein junger, suggestibler Mensch in einem solchen Engpass, so kann eine suggestive, sich optisch einprägende Sendung als zusätzliche Bedingung — neben anderen vorbestehenden Bedingungen — den Anstoss zu einem Suizid geben, der ohne diese notwendige — aber allein nicht zureichende — Bedingung nicht stattgefunden hätte. Sendungen wie der «Tod eines Schülers» wollen zu einer offenen Diskussion und damit zur Verhütung von entsetzlichen Ereignissen führen, welche Freunde und Angehörige für ihr ganzes Leben zeichnen. *Aber diese Diskussion hat offenbar kontraproduktive Wirkung, wenn sie mit Bildern geführt wird.* Die Suggestivkraft der Bilder und ihre Modellwirkung zieht gefährdete Jugendliche in den Abgrund hinein, vor welchem die Schöpfer der Bilder sie gerade bewahren wollten.

Cécile Ernst

Quellen: [1] Schmidtke A. u.a. Nervenarzt *57* (1986) 502. — [2] Gould M.S. u.a. New Engl. J. Med. *315* (1986) 690. — [3] Phillips D.P. u.a., a.a.O. 685.

Das richtige Tempo

Beethoven und das Metronom

Jeder verantwortungsbewusste Interpret bemüht sich, die von ihm gespielten oder dirigierten Werke so getreu als möglich im Sinne des Komponisten zu gestalten. Dabei muss er seine eigene Auffassung keineswegs verleugnen, denn innerhalb gewisser Grenzen hat jeder Künstler die Möglichkeit zu seiner ganz persönlichen Interpretation. Es hat sogar einen ganz eigenen Reiz, die Auffassungen bedeutender Solisten und Dirigenten miteinander zu vergleichen. Jeder erlebt ja ein Meisterwerk auf seine eigene persönliche Weise und gestaltet es dementsprechend. Gerade das verleiht einer Aufführung jenen Charme, der uns beim Anhören packt und beglückt. Nur darf sich der Wiedergebende niemals *über* den Komponisten stellen, darf dem Werke nicht Gewalt antun durch eine Gestaltung, die dessen Stil und Ausdruck verfälscht. Eine solche Willkür sehe ich unter anderem im Weglassen von vorgeschriebenen Teilwiederholungen, vor allem der Wiederholung der Exposition in sonatenformigen Sätzen, also den ersten, oft auch letzten Sätzen von Kammermusikwerken und Sinfonien. Doch — das ist ein Thema für sich, das ich mir für einen besonderen Artikel vorbehalte.

Hier geht es um die Frage des richtigen Tempos. Die Angaben sind ja nur ganz allgemein: Allegro, Andante, Adagio, Presto und so weiter. Dass dabei innerhalb gewisser Grenzen Schwankungen aufgrund des persönlichen Empfindens möglich sind, ist klar. Ein sicheres künstlerisches Empfinden bewahrt jeden echten Künstler vor Übertreibungen nach der einen wie nach der anderen Seite hin.

Seit etwa 1816 besitzen wir in dem von Johann Nepomuk Mälzel (1772—1838) erfundenen Chronometer oder Metronom (dieser Name kam erst später auf) ein Instrument, das uns die genaue Aufzeichnung des Tempos ermöglicht. Beethoven war davon zuerst sehr begeistert. Bekannt ist sein vierstimmiger Kanon auf Mälzel, dessen Thema dem zweiten Satz seiner achten Sinfonie zugrunde liegt. Was dabei zuerst entstand, der Kanon oder die Skizzen zu jenem Satz, das wissen wir nicht. Später scheinen ihm aber Zweifel an der Zweckmässigkeit des Metronoms gekommen zu sein. Er soll Schindler gegenüber einmal geäussert haben: *«Gar kein Metronom! Wer richtiges Gefühl hat, braucht ihn nicht, und wer das nicht hat, dem nützt er nichts, der läuft doch mit dem ganzen Orchester davon.»* Doch hat er dem Verlag Schott später metronomische Angaben für die neunte Sinfonie geliefert.

Wie aber kommt es nun, dass sozusagen alle Interpreten die meisten metronomischen Angaben Beethovens als zu rasch empfinden? Schon Franz Liszt hielt sich nicht an sie, und seine langsameren Tempi wurden durchwegs als wohltuend und dem Ausdruck der Werke zum Vorteil gereichend empfunden. Mehr noch! Riemanns Musiklexikon (Ausgabe 1961) stellt unter dem Stichwort «Mälzel» fest, die meisten Komponisten nähmen bei Aufführungen ihrer Werke die Tempi langsamer als die von ihnen selber metronomisch festgelegten. Warum das?

Die meisten Komponisten machen ihre metronomischen Fixierungen wohl nicht während der Wiedergabe der

Werke, sondern reflektierend am Schreibtisch, die Musik sich also innerlich vorstellend. Bei Beethoven, der metronomische Angaben frühestens 1816 machen konnte, seine Musik also kaum noch richtig hörte, wird dies jedenfalls zutreffen. Tatsächlich ist es nun so, dass in unserer Vorstellung ein Werk wesentlich rascher abrollt als in der physischen Wirklichkeit einer Aufführung. Das habe ich selber immer wieder bei eigenen Werken erlebt. Typisch, wie sehr sich beispielsweise Wagner irrte bei der Berechnung der Aufführungsdauer nicht nur seines *Rienzi,* sondern auch des *Lohengrin.*

Die Situation scheint also eindeutig, und tatsächlich haben sich keine bedeutenden Interpreten stur an die metronomischen Angaben gehalten, sondern ihrem eigenen gesunden Empfinden vertraut, ganz in Übereinstimmung mit jenem Wort Beethovens: *«Wer richtiges Gefühl hat, braucht ihn (den Metronom) nicht.»* Und solche aus innerem Erleben gestaltete Aufführungen wurden eh und je zu einem beglükkenden Erlebnis der Hörer. Es war unserer überintellektuellen und vielfach in einem blossen Verstandesdenken versandeten Zeit vorbehalten, hier mit einer wohlbegründeten Tradition zu brechen und das strikte Befolgen von Beethovens metronomischen Angaben zu fordern. Zwar wird zugegeben, die Werke würden dabei ihren pathetischen Ausdruck verlieren und oft geradezu schockierend wirken, aber das sei kein Unglück, denn nun erst habe man den wahren Beethoven entdeckt. Hier wird unter dem Deckmantel von Werktreue in Tat und Wahrheit Werkzerstörung propagiert. Ganz unverhüllt kommt das zum Ausdruck in einem vor ein paar Jahren in einem Münchner Blatt erschienenen Artikel, in welchem wir lesen: *«Nun erklingt diese Musik plötzlich viel weniger erhaben und gefühlvoll als uns gewohnt. Sie erklingt kompromissloser, schroffer und fast verletzend.»* Frage: Wie kann eine Musik «kompromisslos» klingen?

Wenn man um das Ablehnen des seelischen Ausdruckes in der Musik und das Verherrlichen des Schockierenden seitens der sogenannten Avantgarde weiss, dann erkennt man, woher hier der Wind weht. Aber es kommt noch toller. Da Richard Wagner, einer der genialsten Beethoven-Interpreten aller Zeiten, Mendelssohn gegenüber die viel zu raschen Tempi im Menuett von Beethovens achter Sinfonie rügte, spricht man nun prompt von «antisemitischen Tempi». Es fehlt nur noch, dass man alle jene, die am bisherigen Beethovenbild festhalten, als Nazi bezeichnet.

Zum Glück ist zu hoffen, dass trotz solcher Unkenrufe immer wieder echte Künstler ihrem gesunden Empfinden folgen und uns Beethovens Werke unverzerrt darbieten werden. Wie ich bereits ausführte: Innerhalb gewisser Grenzen sind Tempounterschiede der verschiedenen Interpreten durchaus natürlich. Ich denke an Furtwängler, Toscanini, Keilberth, Dixon und andere. Jeder hat seinem eigenen Empfinden gemäss gestaltet und dabei Echtes gegeben. Keiner überschritt jene Grenzen, wo ein Werk verzerrt wird. Aber eben — für den modernen Antimusiker gilt das Empfinden nichts mehr, und es ist ein in Tat und Wahrheit infames Unterfangen, unter dem Deckmantel von Werktreue künstlerische Schöpfungen zu zerstören, die während 200 Jahren allen musikempfindenden Menschen eine nie versiegende Quelle von Erhebung und Beglückung waren.

Willy Hess